Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 24. Juli 2013

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Fischteiche; hier:
 - 2.1 Beschlussfassung über die Aufstellung des Bebauungsplans „Fischteiche“
 - 2.2 Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit
 - 2.3 Grundsatzbeschluss über die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für die Sonderbaufläche „Fischteiche“
3. Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans „Geiger-Trefzenäcker II“; hier:
 - 3.1 Beschlussfassung über die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplans „Geiger-Trefzenäcker II“
 - 3.2 Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit
4. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Fliesenlegerarbeiten
5. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Bodenbelagsarbeiten
6. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Maler- und Tapezierarbeiten
7. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Trennwände Sanitärbereich
8. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Wickelkommode
9. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Auftragsvergabe Küchenzeilen
10. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Vergabe der Planung des Außenbereichs
11. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Übersicht über den Stand der Kostenentwicklung für den Neubau
12. Neubeschaffung einer EDV-Serveranlage mit PC-Einzelarbeitsplätzen für die Verwaltung
13. Dorfplatz Kälbertshausen;
hier: Beratung und Beschluss über Planungsänderung
14. Wohnumfeldmaßnahme Brühlgasse;
hier: Auftragsvergabe Parkplätze
15. Vergabe von Straßenbauarbeiten in der Südstraße im Rahmen der Wohnumfeldmaßnahme Ringstraße
16. Vergabe der Sanierungsarbeiten am Kriegerdenkmal Hüffenhardt
17. Auftragsvergabe Möblierung der Keltergasse 14
18. Bildung und Betreuung - Neubau der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder; hier: Zustimmung zur Erhebung der geänderten Elternbeiträge im Kindergartenjahr 2013/2014 und 2014/2015
19. Strombezug der Gemeinde;
hier: Abschluss eines neuen Kommunalvertrags ab 01.01.2014
20. Baugesuche; hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zu folgendem Baugesuch:
 - 20.1 Neubau eines Gebäudes mit Praxis und Wohneinheiten, Dienernweg 12, FlSt. Nr. 11762, Gemarkung Hüffenhardt
 - 20.2 Anbau an Wohnhaus und Neubau von Garagen auf dem FlSt. Nr. 10200, Herdweg 6, Gemarkung Hüffenhardt
 - 20.3 Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des Einvernehmens gem. § 36 BauGB

21. Beratung und Beschluss über die Zustimmung zur Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für das FlSt. Nr. 2514, Rodholz 6, Gemarkung Kälbertshausen
22. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse
23. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
24. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Zunächst gibt es keine Fragen aus dem Zuhörerraum.

zu Punkt 2

Bürgermeister Neff begrüßt zu Tagesordnungspunkt 2 und 3 Herrn Glup vom Büro Sternemann und Glup in Sinsheim.

Anhand der Verwaltungsvorlage führt Bürgermeister Neff zunächst in die Thematik ein, bevor Herr Glup anhand einer PowerPoint-Präsentation die aktuelle Situation vor Ort aufzeigt. Sodann berichtet er von den Plänen der Inhaber der Fischteiche und erläutert die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Bebauungsplans. Da der Flächennutzungsplan dies nicht vorsieht, muss eine Änderung eben dessen im Parallelverfahren erfolgen.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Kratz erklärt Herr Glup, dass auf der Fläche keine Gaststätte baurechtlich möglich sein wird und lediglich ein Speisen- und Getränkeangebot in Form eines Imbiss geplant ist.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

1. Der Gemeinderat beschließt, gemäß §§ 1 Abs. 3, § 2 BauGB, eine Planaufstellung für die Fläche des Bebauungsplans „Fischteiche“ herbeizuführen. Insofern wird der Aufstellungsbeschluss gefasst.
2. Der Gemeinderat billigt den Entwurf des Bebauungsplans „Fischteiche“ wie von Herrn Glup vorgestellt.
3. Der Gemeinderat stimmt der Fortschreibung des Flächennutzungsplans zu und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Schritte in die Wege zu leiten.
4. Der Gemeinderat beschließt, die vorgezogene Bürgeranhörung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wie vorgeschlagen durchzuführen.
5. Der Gemeinderat beschließt die Anhörung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans „Fischteiche“ gemäß § 4 BauGB.

- einstimmig -

zu Punkt 3

Anhand der Verwaltungsvorlage führt Bürgermeister Neff auch hier zunächst in die Thematik ein, bevor Herr Glup anhand einer PowerPoint-Präsentation die kritischen Punkte des Bebauungsplans vor dem Hintergrund der geplanten zusätzlichen baulichen Anlagen aufzeigt.

Die Erweiterung ist nicht durch den bestehenden Bebauungsplan „Geiger-Trefzenäcker II“ gedeckt. Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung ist daher die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Firmenerweiterung. Die Planänderung bezieht sich dabei im Wesentlichen auf die überbaubaren Flächen und die Höhe der baulichen Anlagen, die bis zu 25 m hoch baubar sein sollen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Glup, dass die Zufahrt zum Firmengelände trotz des erweiterten Baufensters weiterhin über die bestehende Zufahrt erfolgen soll.

Gemeinderat Geörg plädiert für die Planung und spricht sich für ein modernes Hochregallager statt einer Flächen beanspruchenden, großen Halle aus.

Gemeinderat Hagner spricht sich ebenfalls für die Planung aus, da man der Entwicklung der Firma Rechnung tragen müsse.

Gemeinderat Kratz ist aufgrund der zulässigen Höhe von 25 m für Gebäude gegen die Planung. Dies entspreche nicht dem ländlichen Charakter Hüffenhardts.

Bürgermeister Neff verweist auf das nahe gelegene Kornhaus, welches eine ähnliche Höhe aufweist. Darüber hinaus geht er davon aus, dass künftige Gebäude, die näher an der Landesstraße liegen, optisch von der Höhe des Gebäudes ablenken.

Hinreichend informiert und ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat sodann folgenden

Beschluss

6. Der Gemeinderat beschließt, gemäß §§ 1 Abs. 3, Abs. 5, Abs. 8, § 2 BauGB, eine Planänderung für die Fläche des Bebauungsplans „Geiger-Trefzenäcker II“ herbeizuführen. Insofern wird der Aufstellungsbeschluss gefasst.

7. Der Gemeinderat billigt den Entwurf des Bebauungsplans „Geiger-Trefzenäcker II, 1. Änderung“ wie von Herrn Glup vorgestellt.

8. Der Gemeinderat beschließt, die vorgezogene Bürgeranhörung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wie vorgeschlagen durchzuführen.

9. Der Gemeinderat beschließt die Anhörung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans „Geiger-Trefzenäcker II, 1. Änderung“ gemäß § 4 BauGB.

- Zwei Gegenstimmen, keine Enthaltung, 9 Zustimmungen -

Bürgermeister Neff dankt Herrn Glup für sein Kommen und wünscht ihm einen guten Heimweg.

zu Punkt 4

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Fliesenlegerarbeiten.

Nach Prüfung der einzelnen Angebote kann die Vergabe an den günstigsten Bieter empfohlen werden. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Kotatko und Malatek, Billigheim	9.641,50
Bieter 2	10.103,58
Bieter 3	10.734,63
Bieter 4	11.016,43

Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung von 11.305,00 Euro.

Nachdem es keine Fragen aus dem Gremium gibt, fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, das Unternehmen Kotatko und Malatek aus Billigheim zum Angebotspreis von 9.641,50 Euro brutto.

- einstimmig -

zu Punkt 5

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Bodenbelagsarbeiten.

Nach Prüfung der einzelnen Angebote kann die Vergabe an den günstigsten Bieter empfohlen werden. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Fürst, Mosbach	26.193,80
Bieter 2	29.259,48
Bieter 3	31.181,69
Bieter 4	32.618,14

Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung von 33.915,00 Euro. Durch die Verwendung eines einheitlichen Bodens ohne zusätzliche Randstreifen können neben den günstigen Einzelpreisen Einsparungen erzielt werden.

Nachdem es keine Fragen aus dem Gremium gibt, fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, das Unternehmen Fürst aus Mosbach zum Angebotspreis von 26.193,80 Euro brutto.

- einstimmig -

zu Punkt 6

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Maler- und Tapezierarbeiten.

Nach Prüfung der einzelnen Angebote kann die Vergabe an den günstigsten Bieter empfohlen werden. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Spohn, Mosbach	18.112,69
Bieter 2	18.677,29
Bieter 3	18.947,18
Bieter 4	21.789,50
Bieter 5	22.133,41
Bieter 6	31.255,35

Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung von 29.750,00 Euro. Neben günstigen Einzelpreisen hat sich vor allem die Entscheidung, nicht alle Nebenräume zu tapezieren, sondern lediglich mit einem Wandanstrich zu versehen, kostengünstig ausgewirkt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, das Unternehmen Spohn aus Mosbach zum Angebotspreis von 18.112,69 Euro brutto.

- einstimmig -

zu Punkt 7

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Sanitärrennwände.

Nach Prüfung der einzelnen Angebote wird die Vergabe an den zweitgünstigsten Bieter empfohlen. Dieser hat das wirtschaftlichere Angebot vorgelegt, wie Frau Fehrenbach ausführlich erläutert. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Schäfer	4.452,30
Bieter 1	4.653,83
Bieter 3	4.724,30
Bieter 4	4.836,40
Bieter 5	5.222,91

Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung von 4.998,00 Euro.

Nachdem es keine Fragen aus dem Gremium gibt, fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an das wirtschaftlichste Angebot des Bieters Schäfer zum Angebotspreis von 4.452,30 Euro.

- einstimmig -

zu Punkt 8

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Wickelkommode.

Nach Prüfung der einzelnen Angebote wird die Vergabe an den günstigsten Bieter empfohlen. Dieser hat das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt, wie Frau Fehrenbach ausführlich erläutert. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Ludwig, Mosbach-Lohrbach	2.400,00
Bieter 2	2.518,00
Bieter 3	-
Bieter 4	2.900,00
Bieter 5	4.200,70

Die Wickelkommode ist Teil der Möblierung, für welche insgesamt ein Budget von 60.000 Euro zur Verfügung steht

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, das Unternehmen Ludwig aus Mosbach-Lohrbach zum Angebotspreis von 2.400,00 Euro brutto.

- einstimmig -

zu Punkt 9

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Ausschreibungsverfahren einschließlich Ergebnis für die beschränkte Ausschreibung der Küchen(zeilen) für Esseria, Wirtschaftsraum und Teamraum.

Anhand von Planunterlagen zeigt Frau Fehrenbach die Ausstattung der einzelnen Küchenelemente auf. Nach Prüfung der einzelnen Angebote wird die Vergabe an den günstigsten Bieter empfohlen. Dieser hat das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt, wie Frau Fehrenbach ausführlich erläutert. Das Ausschreibungsergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Ludwig, Mosbach-Lohrbach	13.550,00
Bieter 2	14.955,00
Bieter 3	17.500,00
Bieter 4	14.810,00
Bieter 5	16.771,24

Die Küche(nzeilen) ist Teil der Möblierung, für welche insgesamt ein Budget von 60.000 Euro zur Verfügung steht.

Auf Nachfrage aus dem Gremium erklärt Frau Fehrenbach, dass lediglich bei der Esseria die Elektrogeräte enthalten sind.

Nachdem es keine weiteren Fragen aus dem Gremium gibt, fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt den Auftrag an den günstigsten Bieter, das Unternehmen Ludwig aus Mosbach-Lohrbach zum Angebotspreis von 13.550,00 Euro brutto.

- einstimmig -

zu Punkt 10

Bürgermeister Neff erläutert einleitend unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage, dass neben dem Gebäude des Kindergartens nun auch der Außenbereich beplant werden muss.

Insbesondere bei der Herstellung der Zuwegung zum Gebäude ist mittlerweile Eile geboten. Die anzulegende Fläche beläuft sich auf ca. 3.750 qm.

Frau Fehrenbach erläutert die Inhalte der Planung sowie die zu berücksichtigenden Gesetze, Richtlinien und Vorschriften.

Sodann berichtet sie von der Rücksprache mit diversen führenden Spielgerätevertreibern, wobei sich ergeben hat, dass diese gerne bei der Planung zur Anordnung der Spielgeräte behilflich sind, eine rechtsichere Gesamtplanung der Außenanlage jedoch ablehnen. Auch die Planung durch einen Garten- und Landschaftsbauer kommt nicht in Frage. Dies hat das Gespräch mit einem Vertreter vom Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden Württemberg e.V. ergeben.

Die Verwaltung schlägt vor, für Planung und Betreuung die Forschungsstelle für Freiraum- und Spielraumgestaltung (kurz: FFS) aus Hohenahr-Altenkirchen (bei Gießen) zu beauftragen. Dabei handelt es sich um ein Architekturbüro für Landschaftsplanung mit Schwerpunkt „Freiräume für Kinder“. Die FFS war zuvor unter anderem bereits im Evangelischen Kindergarten Aglasterhausen und dem Evangelischen Kindergarten Obrigheim-Asbach tätig.

Frau Fehrenbach erläutert die Planungskosten, die sich auf rund 36.000 Euro belaufen dürften. Dabei wird die Planung selbst von der FFS vorgenommen, die Umsetzung vor Ort vom Büro Müller begleitet. Daneben hat sich mittlerweile herausgestellt, dass Mehrkosten von rund 7.000 Euro durch die Änderung der HOAI zum 17.07.2013 zum Tragen kommen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Planung des Außenbereichs zeitnah zu beauftragen und zusammen mit dem Team der TeKi in Absprache mit der Verwaltung vorzunehmen. Die Gesamtplanung werde dem Gemeinderat vorgestellt, dennoch werde man das Ziel verfolgen, dass mit dem Umzug der Einrichtung in das neue Gebäude der Zugangsbereich zur TeKi fertig gestellt ist und entsprechende Vergaben deshalb im Vorfeld vorbereitet werden.

Gemeinderat Geörg spricht sich für die Vergabe an die FFS aus.

Gemeinderat Hagner schließt sich seinen Vorrednern an, bemängelt aber die Mehrkosten von 7.000 Euro, die hätten vermieden werden können.

Gemeinderat Bödi verweist darauf, dass die Vorberatungen nichtöffentlich gewesen seien und die Beschlussfassung nur in öffentlicher Sitzung erfolgen könne. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass die Planungskosten zu hoch seien. Gleichwohl sei er für eine gute, durchdachte Planung. Ihm gebe jedoch zu Bedenken, dass die Recherche durch die Verwaltung bei größeren Städten keine Referenzliste von hiesigen Landschaftsarchitekten ergeben habe. Frau Fehrenbach bestätigt dies, verweist aber darauf, dass sich Städte und insbesondere Großstädte des eigenen fachlich versierten Personals bedienen können. Bautechniker, Architekten und Ingenieure seien die übliche Besetzung von größeren Bauämtern.

Gemeinderätin Bräuchle spricht sich ebenso wie Bürgermeister Neff für eine baldige Umsetzung durch die FFS aus, welche auf entsprechende Erfahrung verweisen könne.

Auf Nachfrage einer Gemeinderätin erklärt Frau Fehrenbach, dass man sich grundsätzlich auch eines anderen Büros bedienen könne, jedoch aus ihrer Sicht die Erfahrung im Bereich Freiraumgestaltung für Kinder eine Rolle spiele. Die Tatsache, dass das Büro weiter entfernt sei, habe keine Auswirkungen auf die Berechnung des Honorars.

Hinreichend informiert und ohne offene Fragen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat vergibt den Auftrag zur Planung und Überwachung der Anlage für den Außenbereich des Kindergartens wie dargestellt an die Forschungsstelle für Freiraum- und Spielraumgestaltung sowie an das Büro Andrea und Thomas Müller, Aglasterhausen.

- Zwei Gegenstimmen, keine Enthaltung, 9 Zustimmungen -

zu Punkt 11

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert anhand der als Anlage zum Protokoll beigefügten Kostenübersicht detailliert den aktuellen Stand der Vergaben für den Neubau des Kindergartens.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Vergaben einschließlich der heute gefassten Beschlüsse und der bisherigen Nachträge könne man vorsichtig optimistisch sein, dass der Kostenrahmen für den Neubau der TeKi eingehalten werden wird. Eine eindeutige Prognose können zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht abgegeben werden, da zu viele Rechnungen für den Bau noch ausstehen.

Der Gemeinderat nimmt von dem Sachverhalt zustimmend Kenntnis.

zu Punkt 12

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Neff Herrn Hafner, der die EDV-Betreuung der Gemeinde inne hat. Nachdem Bürgermeister Neff unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage den Sachverhalt dargelegt hat, erläutert Herr Hafner den Inhalt der Angebotseinholung für die EDV-Ausstattung des Rathauses. Diese beinhaltet neben einem neuen Server auch neue PC-Einzelarbeitsplätze. Neben der Tatsache, dass Server und Rechner allesamt zwischen sieben und acht Jahren alt sind und damit die empfohlene Nutzungsdauer des Rechenzentrums deutlich überschritten ist, sind massive Probleme bei der Installation eines neuen Servers unter Beibehaltung der jetzigen Rechner mit den deutlich älteren Betriebssystemen zu erwarten. Sodann berichtet Herr Hafner von den eingegangenen Angeboten. Nach Prüfung der Angebote schlägt er die Vergabe an die Firma Heinrich-IT aus Leonberg zum Angebotspreis von 12.971 Euro vor. Hinzu kommen die Kosten für die Unterstützung des Rechenzentrums bei der Umstellung der Fachverfahren auf den neuen Server und die Rechner. Die Kosten für das Rechenzentrum belaufen sich voraussichtlich auf rund 1.050 Euro.

Gemeinderat Haas erkundigt sich nach der Anzahl und Ausstattung der PC-Einzelarbeitsplätze. Herr Hafner erklärt, dass die gesamte Verwaltung einschließlich Bauhof neue PC-Arbeitsplätze bestehend aus Rechner, Maus, Tastatur und Bildschirm erhält. Die alten Rechner, so Herr Hafner auf Nachfrage, müssen zunächst hinsichtlich der Daten auf dem Rechner bearbeitet werden. Sodann wäre es grundsätzlich denkbar, die Rechner einer Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Er verweist jedoch nochmals auf das Alter der Geräte.

Gemeinderat Kratz möchte wissen, ob es wegen des knappen Ausschreibungsergebnisses nicht denkbar wäre, den zweitgünstigsten Bieter zu wählen, der örtlich näher liegt, um bei Störungen schnell auf den Anbieter zurückgreifen zu können.

Herr Hafner erklärt, dass dies nicht notwendig sei, da die Garantieleistungen grundsätzlich nicht vom Anbieter, sondern vom Hersteller der Geräte erbracht werden müssen, die über die üblichen Hotlines angefordert werden müssen.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat sodann folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Beschaffung einer neuen EDV-Anlage entsprechend den eingeholten Angeboten bei der Firma Heinrich-IT, Leonberg zum Angebotspreis von 12.971 Euro.

Die überplanmäßige Ausgabe wird genehmigt.

- einstimmig -

zu Punkt 13

Bürgermeister Neff erläutert eingangs, dass das Thema heute nochmals auf der Tagesordnung sei, da sich nach der Beschlussfassung im Mai im Gemeinderat zum Einen die „Interessengemeinschaft Dorfplatz Kälbertshausen“ formiert hat, welche sich gegen die Grillmöglichkeit auf dem unteren Platz wendet. Zum Anderen kam aus dem Ortschaftsrat die Bitte, ein behinderten- bzw. altersgerechtes WC auf dem Platz zu verwirklichen.

Im Rahmen der Ortsbegehung im Juni habe man den Dorfplatz nochmals in Augenschein genommen. Im Gespräch von Gemeinderat, Ortschaftsrat und Verwaltung habe man sich darauf verständigt, den unteren Dorfplatz keiner konkreten Funktion zuzuführen und den Platz zunächst gefasst mit Quadern, einer Treppe sowie einer Rasenfläche zu versehen. Darüber hinaus soll dort ein Baum gepflanzt und der Sockel des alten Häuschens gerichtet werden.

Sodann berichtet Frau Fehrenbach ausführlich von der Sitzung des Ortschaftsrates am 22.07.2013, bei welcher Herr Kuk vom IFK anwesend war und das Thema WC aufgearbeitet präsentiert hat. Nachdem das IFK ein WC aus ethischen (Lärm, Geruch, Schamgefühl) und städtebaulichen Gründen auf dem Hauptplatz ablehnt, stellt Herr Kuk zwei Alternativen für die Installation eines WCs vor. Alternative 1 beinhaltet die Umnutzung des derzeit als Abstellfläche genutzten Häuschens auf dem Niveau des Feuerwehrhofes. Alternative 2 sieht ein WC auf dem unteren Platz vor, nachdem dieser keine Grillmöglichkeit erhalten soll.

Nachteile von Alternative 1 dürften insbesondere das Erfordernis sein, eine andere Abstellfläche für die Mieter der Wohnung im Rathaus Kälbertshausen zu finden und die Verlagerung der ethischen Gedanken vom Hauptplatz des Dorfplatzes auf den Hof der Feuerwehr, der bei Festen ebenfalls zur Verfügung stehen kann/soll.

Für beide Alternativen hat der Ortschaftsratsrat erklärt, dass diese nicht der Intention entsprechen, ein WC für Personen, die nicht gut zu Fuß sind, vorzuhalten. Die Anlagen seien beide zu groß geplant.

Herr Kuk hat in der Ortschaftsratsratssitzung erklärt, dass sich die Kosten für beide Varianten auf jeweils ca. 30.000 Euro belaufen. Unter Berücksichtigung der Einsparungen auf dem unteren Platz führt damit Alternative 1 zu Mehrkosten von 18.000 Euro und Alternative 2 zu Mehrkosten von ca. 19.000 Euro, da hier der Fußweg entsprechend auszubauen ist.

Selbst eine reduzierte Variante eines WCs werde nicht im Bereich der Einsparungen für den unteren Platz liegen, sondern Mehrkosten für das Projekt zu Folge haben.

Darüber hinaus müsse die Gemeinde nicht geplante Kosten von 30.000 Euro selbst tragen, da im Ausgleichsstock Mittel von 61.000 Euro statt der beantragten 91.000 Euro bewilligt wurden.

Der Ortschaftsratsrat hat sich bei fünf anwesenden Ortschaftsräten mit 3 Stimmen für eine Variante ohne WC ausgesprochen. 1 Enthaltung und eine Gegenstimme vervollständigen das Abstimmungsergebnis.

Gemeinderat Bödi betont nochmals, dass die von Herrn Kuk geplante Toilette überdimensioniert sei und nicht den Erwartungen des Ortschaftsrates entspreche. Er erklärt, dass seine Motivation ausschließlich in den Überlegungen rund um den demographischen Wandel begründet sei. Zwar verfüge die Feuerwehr über eine stufenlos erreichbare Toilette, diese sehe er jedoch nur bei Veranstaltungen zusammen mit der Feuerwehr nutzbar. Alle weiteren Toiletten seien nur mit Einschränkungen erreichbar.

Gemeinderat und Ortsvorsteher Geörg legt dar, dass Herr Kuk ihn mit der Argumentation zum Thema Toilettennutzung und Anzahl der Toiletten überzeugt habe und er keinen Sinn darin sehe, wenn überhaupt, nur eine Toilette zu bauen. Darüber hinaus überwiegen seiner Meinung nach jedoch die Gründe Geruchsproblematik und Schamgefühl, weshalb er sich gegen die Toiletten ausspricht. Außerdem seien genügend Toiletten im näheren Umfeld des Dorfplatzes, z.B. im Rathaus, der Feuerwehr, dem Jugendtreff sowie mit dem Toilettenwagen bei Festen, vorhanden.

Die Gemeinderäte Hagner und Kratz sprechen sich ebenfalls gegen eine zusätzliche Toilettenanlage aus, was insbesondere in den Platzkosten begründet ist.

Gemeinderätin Freyh spricht sich gegen weitere Diskussionen aus, die nun zur Genüge geführt worden seien und plädiert für einen Platz ohne Grillmöglichkeit und ohne zusätzliche Toilette.

Bürgermeister Neff schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und führt sodann die Beschlussfassung herbei, nachdem kein weiterer Redebedarf besteht.

Beschluss

Der Gemeinderat ändert seinen Beschluss zur Gestaltung des Dorfplatzes vom 15.05.2013 dahin gehend, dass der untere Platz ohne Grillmöglichkeit in reduzierter Form wie dargelegt verwirklicht wird. Eine zusätzliche barrierefrei zugängliche Toilette wird auf dem Dorfplatz nicht angelegt.

- 1 Gegenstimme, keine Enthaltung 10 Zustimmungen -

zu Punkt 14

Frau Fehrenbach erläutert den Sachverhalt unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung wurden zehn Firmen zur Angebotsabgabe für die Neuanlage von Parkplätzen in der Brühlgasse aufgefordert.

Alle vorgelegten sieben Angebote konnten gewertet werden. Die rechnerische Prüfung hat folgende Bieterreihenfolge ergeben:

Bieter	Angebotssumme in Euro
Firma August Mackmull, Elztal-Muckental	26.943,39
Bieter 2	27.804,35
Bieter 3	28.281,42
Bieter 4	29.134,77
Bieter 5	30.893,00
Bieter 6	32.985,47
Bieter 7	36.236,10

Die Kostenberechnung des IFK wird hier nicht überschritten.

Hinreichend informiert und ohne weitere Rückfragen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe an den günstigsten Bieter, die Firma August Mackmull GmbH & Co. KG aus Elztal-Muckental.

- einstimmig -

zu Punkt 15

Bürgermeister Neff erläutert den Sachverhalt. Auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wird verwiesen.

Die an die Ringstraße anschließende Straßenfläche (ca. 150 qm) befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand. Wie vor Ort bei der Ortsbegehung besprochen, hat die Gemeinde ein Angebot für Straßenbelagsarbeiten bei der Firma Lintz und Hinnerger eingeholt.

Die Angebotssumme liegt bei brutto 6.750,28 Euro. Bei Beauftragung der Firma Lintz und Hinnerger muss die Einrichtung der Baustelle (brutto rund 1.130 Euro) nicht zusätzlich bezahlt werden. Insofern kann auf die Einholung weiterer Angebote verzichtet werden, da andere Firmen den An- und Abtransport der Maschinen einkalkulieren müssen. Die Maßnahme ist im Haushalt der Gemeinde nicht eingeplant und muss überplanmäßig finanziert werden.

Hinreichend informiert und ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der dargelegten Straßenbauarbeiten an die Firma Lintz und Hininger in Mosbach zum Angebotspreis von 6.750,28 Euro.

- einstimmig -

zu Punkt 16

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wird verwiesen.

Das Kriegerdenkmal der gefallenen und vermissten Soldaten beider Weltkriege vor der Evangelischen Kirche ist witterungsbedingt stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine grundlegende Sanierung des gesamten Denkmals scheint geboten, zumal die letzte Generalüberholung ca. 30 Jahre zurück liegt und sich 2014 der Ausbruch des ersten Weltkrieges zum hundertsten Mal jährt.

Die Verwaltung hat Angebote zur Restaurierung eingeholt. Das günstigste Angebot kommt von der Firma Lins & Wally, Siegelsbach, bei Ausführung der Arbeiten mit Blattgold zum Preis von 4.906,01 Euro brutto.

Im Haushalt 2013 sind für die notwendigen Arbeiten am Kriegerdenkmal 9.000 Euro eingeplant.

Bereits im Jahr 2008 wurde eine Anfrage aus der Bevölkerung im Gemeinderat zur Sanierung der Inschrift der Gefallenen 1914 - 1918 vorgebracht. Damals wurde angeregt dies über eine Spendenaktion zu finanzieren. Bislang liegen Spenden für die Restaurierung des Kriegerdenkmals in Höhe von 200 Euro vor.

Hinreichend informiert und ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt, die Arbeiten zur Restauration am Krieger-Ehrenmal in Hüffenhardt an die Firma Lins & Wally, Siegelsbach zum Angebotspreis von 4.906,01 Euro zu vergeben.

-einstimmig-

zu Punkt 17

Frau Fehrenbach erläutert unter Bezugnahme der Verwaltungsvorlage die eingeholten Angebote zur Möblierung des Familienzentrums in der Keltergasse.

Die Verwaltung schlägt vor bei 40 Sitzplätzen 12 Tische zu beschaffen. Die Anforderungen seien im Wesentlichen von allen Bietern erfüllt worden. Zwei Musterstühle stellt Frau Fehrenbach eingehend vor, bevor sie sich im Namen der Verwaltung für das Angebot der Firma Braun aus Bad Rappenau ausspricht. Dies sei das günstigste Angebot. Die vorgeschlagene Stuhlserie ist daneben bereits für das Bürgerhaus Kälbertshausen sowie das Trauzimmer zur Anwendung gekommen. Frau Fehrenbach bittet abschließend um die Ermächtigung des Gremiums, bei verhältnismäßigen Preisen einen um 10 cm längeren Tisch beschaffen zu können als das Angebot enthält.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Beschaffung von 40 Stühlen und 12 Tischen bei der Firma Braun, Bad Rappenau, wie dargelegt zum Angebotspreis von rund 6.000 Euro.

- einstimmig -

zu Punkt 18

Bürgermeister Neff und Frau Fehrenbach erläutern den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Vertreter der Landeskirchen sowie des Gemeinde- und Städtetages Baden-Württemberg sind übereingekommen, die Gemeinsamen Empfehlungen zur Höhe der Elternbeiträge in Kindergärten für die Kindergartenjahre 2013/2014 und 2014/2015 anzupassen. Die Berechnung der Elternbeiträge erfolgt nach einer familienbezogenen Sozialstaffelung, bei der alle im selben Haushalt lebenden Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres berücksichtigt werden. Die neuen Empfehlungen orientieren sich an den aktuellen Tarifierhöhungen des TVÖD (durchschnittlich 3 % je Kindergartenjahr) und bewirken damit keine grundsätzliche Erhöhung des Kostendeckungsbeitrages. Angestrebt wird weiterhin, rund 20 % der tatsächlichen Betriebsausgaben durch Elternbeiträge zu decken. Das Kindergartenkuratorium hat sich in seiner Sitzung am 19. Juni 2013 einstimmig für die Erhebung der Beiträge für die nachfolgenden Monatsbeiträge bei zwölfmonatiger Bezahlweise ausgesprochen.

Im Einzelnen wurden folgende Monatsbeiträge beschlossen:

Kiga-Jahr 2013/2014	Regelkind	VÖ-Kind	KK
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind	94 €	114 €	190 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern	72 €	88 €	146 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern	48 €	57 €	96 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern	16 €	19 €	32 €
Kiga-Jahr 2014/2015	Regelkind	VÖ-Kind	KK
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind	97 €	117 €	201 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern	74 €	90 €	153 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern	49 €	58 €	101 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern	16 €	19 €	34 €

Bei den Beiträgen für die Gruppen mit verlängerter Öffnungszeit (VÖ) hat sich das Kuratorium für eine Erhöhung des Regelgruppenbeitrages um maximal 25 % entsprechend der Gemeinsamen Empfehlungen entschieden.

Für die unter 3-jährigen Kinder in der Kleinkindgruppe wurde in den vergangenen Jahren jeweils der doppelte Regelbeitragssatz festgelegt, da für diese nach der Betriebserlaubnis je Kind unter drei Jahren gegenüber der Regelgruppe ein Kindergartenplatz unbesetzt bleiben muss. Der Vorschlag der Verbände liegt für eigene Kleinkindgruppen deutlich höher (im Jahr 2013/2014 1. Kind: 276 Euro, 2. Kind 205 Euro, 3. Kind: 139 Euro, 4. Kind: 56 Euro).

Bisher haben kirchliche und politische Gemeinde stets am doppelten Regelbeitragssatz festgehalten. Dies entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Kosten (anderer Personalschlüssel für Kleinkindgruppe) und führt zu keinem Kostendeckungsgrad von 20%. Folglich tragen Kirchengemeinde und politische Gemeinde das Delta.

Finanzielle Zwänge führen dazu, dass sich das Kuratorium für eine Anpassung der Beiträge für die Kleinkindbetreuung ausspricht, bis der Stand der Beiträge nach den Gemeinsamen Empfehlungen erreicht ist.

Da somit ein Delta von 88,00 Euro (bezogen auf das Kindergartenjahr 2013/ 2014) zu überrücken ist, hat das Gremium gleichwohl für eine Anpassung über mehrere Jahre hinweg votiert. Ab dem Kindergartenjahr 2014/ 2015 gilt die Faustformel, dass jährlich der Kindergartenbeitrag zwei Regelbeiträgen +7 Euro entspricht, um das Delta von 88 Euro abzubauen. Diese Faustformel kommt ab 2014/ 2015 zum Tragen. Im Kindergartenjahr 2013/ 2014 hat man bereits den Beitrag moderat angehoben.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Änderung der Kindergartenbeiträge zum Kindergartenjahr 2013/2014 und 2014/2015 wie oben ausgeführt zu.

- einstimmig -

zu Punkt 19

Der Vorsitzende erläutert die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Kommunalvertrag über den Stromlieferbezug mit der EnBW läuft zum 31.12.2013 aus. Vertragslaufzeit war seit 01.01.2011. Die EnBW bzw. deren Tochterfirma die Sales & Solutions GmbH, Frankfurt, hat mit Schreiben vom 15. Juli 2013 einen neuen Vertrag vorgelegt, der bis 30.07.2013 als Angebot angenommen werden muss. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Im Gegensatz zum aktuell gültigen Vertrag ist im Vertragsmuster die Lieferung von Ökostrom nicht vorgesehen.

Die neuen Konditionen (Netto-Preise) sind den bisherigen in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt:

Interne Information: Werden soweit verfügbar nachgereicht!

Aufgrund der relativ geringen Abnahmemenge und aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre ist vom Interesse Alternativenanbieter nicht auszugehen.

Die Verwaltung empfiehlt einen neuen Vertragsabschluss mit der Sales & Solutions GmbH mit Sitz in Frankfurt.

Der Gemeinderat fasst sodann folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat nimmt das Angebot der Sales & Solutions GmbH, Frankfurt, wie oben ausgeführt, an und stimmt dem Abschluss des entsprechenden Neuvertrages zu.

- einstimmig -

zu Punkt 20.1

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Baugesuch anhand eines Lageplans und verweist auf die Vorgaben des Bebauungsplans Gänsgarten.

Soweit Befreiungen erforderlich sind, schlägt die Verwaltung vor, das gemeindliche Einvernehmen zunächst zu erteilen und die abschließende Prüfung und Entscheidung hinsichtlich städtebaulicher Relevanz dem Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis als untere Baurechtsbehörde zu überlassen.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgende

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zu diesem Baugesuch.

- einstimmig -

zu Punkt 20.2

Aus Befangenheitsgründen nimmt Gemeinderat Haas bei diesem Tagesordnungspunkt im Zuschauer-
raum Platz.

Hauptamtsleiterin Fehrenbach erläutert das Baugesuch anhand eines Lageplans.

Da es sich um ein Vorhaben im Außenbereich handelt, hat hier eine eingehende Prüfung des Landrats-
amtes hinsichtlich der Erforderlichkeit und Privilegierung im Außenbereich zu erfolgen. Die Verwaltung
vertritt die Auffassung, dass es sich um ein privilegiertes Vorhaben in angemessener Größe handelt.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zu diesem Baugesuch.

- einstimmig -

zu Punkt 20.3

Um auch während der Sitzungsferien eine zügige Bearbeitung von Baugesuchen gewährleisten zu kön-
nen, bittet der Vorsitzende nachfolgend um Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des Einverneh-
mens der Gemeinde in einfachen Fällen, so Hauptamtsleiterin Fehrenbach.

Beschluss

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung während der sitzungsfreien Zeit das Einvernehmen der Ge-
meinde gem. § 36 BauGB in einfachen Fällen zu erteilen.

- einstimmig -

zu Punkt 21

Anhand eines Lageplans erläutert Frau Fehrenbach das Vorhaben des Antragstellers.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Vorhaben zuzustimmen, jedoch mit den Bedingungen zu versehen, dass
die Gemeinde über den Beginn der Maßnahme informiert wird, die notwendige Straßennutzungserlaub-
nis rechtzeitig beantragt wird und das Landratsamt hinsichtlich der Haßmersheimer Schichten mit be-
sonderer Sorgfalt die Prüfung vornimmt. Darüber hinaus hat der Antragsteller für Schäden am Straßen-
körper zu haften.

Der Ortschaftsrat hat dem Vorhaben in Kälbertshausen bereits einstimmig zugestimmt.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zur Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Bohrung
von zwei Erdwärmesonden.

- einstimmig -

zu Punkt 22

Der Gemeinderat hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 11.06.2013 diverse Grundstücksangelegenheiten beraten und den Verkauf von drei Baugrundstücken beschlossen. Weitere Beschlüsse wurden nicht gefasst, so Bürgermeister Neff.

zu Punkt 23

Bürgermeister Neff / Hauptamtsleiterin Fehrenbach teilen dem Gremium folgendes mit:

- Bürgermeister Walter Neff verweist auf die anstehende Bundestagswahl am 22. September und bittet die Gemeinderäte um Rückmeldung, falls diese verhindert sind und keinen Wahldienst ausüben können. Die Einteilung der Wahlbezirke folgt wie gehabt (Wahlbezirk 01 Hüffenhardt, 02 Kälbertshausen, 03 Briefwahlvorstand). Der Wahlraum in Hüffenhardt befindet sich im Familienbildungszentrum, Keltnergasse 14. Das Einverständnis insbesondere der anwesenden Kälbertshäuser Gemeinde- und Ortschaftsräte vorausgesetzt, wird der Wahlraum für Kälbertshausen im Bürgerhaus sein, da dort ein barrierefreier Zugang vorhanden ist. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.
- Für die Mauer Grüngutplatz wurde wegen Mehraufwendungen für Grundwasserfassungen ein Nachtrag in Höhe von 1.941,26 Euro erforderlich. Zusätzlich fallen Mehrmassen in Höhe von rund 1.200 Euro für das Schneiden der Bodenplatte und zusätzliche Drainageleitungen an.
- Ortsbaumeister Hahn hat in diesen Tagen die Salzbestellung für den Winterdienst vorgenommen. Das Salzlager ist somit vollständig gefüllt. Der Preis pro Tonne beläuft sich auf rund brutto 83,00 Euro. Die Beladung des Salzlagers wird somit rund 6.300 Euro kosten.
Zur Info: Salzverbrauch Winter 2011/2012 40 Tonnen bei 11 Einsätzen
Zur Info: Salzverbrauch Winter 2012/2013 126 Tonnen bei 30 Einsätzen
- Um keine Verzögerung beim Neubau des Kindergartens zu riskieren, hat Bürgermeister Neff im Rahmen seiner haushaltsrechtlichen Befugnis folgende Nachträge und Aufträge erteilt:
 - o Blitzschutz: Firma Müller, Angebotssumme 1.785 Euro
 - o Vermessung Außenbereich Kindergarten: IVP Preissler, Angebotssumme 773,50 Euro.
 - o Türen für Treppen: Rößler Metallbau, Angebotssumme 1.092,42 Euro.
 - o Schiebetür Küche: Süß, Aglasterhausen, Angebotssumme ca. 1.000 Euro
- Mittlerweile wurden die Untersuchungen der Altablagerungen Essenklinge und Pfaffenloch abgeschlossen. Ergebnis der Gutachten durch das Büro Töniges ist die Empfehlung, die entsprechenden Einstufungen zu belassen und keine weiteren Untersuchungen durchzuführen.
- Zum 1.09.2013 wird die Gemeinde wieder eine FSJlerin für die Grundschule für die Dauer eines Jahres aufnehmen. Nach der Absage zweier Bewerberinnen konnte nun Frau Sarah Wagenblaß aus Waibstadt für die Tätigkeit gewonnen werden.
- Mit Datum vom 23.07.2013 ist die Gemeinde vom Büro Sternemann und Glup im Auftrag der Gemeinde Waibstadt angeschrieben worden. Inhalt ist die 6. Teilfortschreibung des FNP für den Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt zur Ausweisung einer Sonderbaufläche „Photovoltaik“ für die Gemeinde Helmstadt-Bargen auf der Gemarkung Helmstadt.

Die Fläche befindet sich am Ortsausgang von Helmstadt Richtung Flinsbach und Bargen auf einer Fläche, die für Erdzwischenlagerung bzw. Bodenbearbeitung ausgewiesen ist und geschaffen wurde, hierfür aber nicht mehr benötigt wird. Die Fläche liegt zwar im Regionalen Grünzug des Regionalplans, allerdings soll hier eine Zielabweichung beantragt werden. Mit der Änderung des FNP wird es möglich, dort 5.400 Module mit einer Gesamtleistung 1,3 KWp zu installieren. Die Verwaltung sieht keinen Anlass, Einwendun-

gen geltend zu machen. Sofern das Gremium einverstanden ist, würde die Verwaltung innerhalb der entsprechenden Frist eine Stellungnahme dahingehend abgeben.

Aus dem Gremium wird allgemeines Einverständnis für diese Vorgehensweise signalisiert.

zu Punkt 24

Zu Ende der Sitzung erkundigt sich ein Zuschauer über den Sachstand beim Breitbandausbau für Kälbertshausen. Bürgermeister Neff erklärt, dass man sich mit Unterstützung des Landkreises in der Planungsphase befinde.

Weiter möchte der Zuschauer wissen, warum die Gemeinde ihre EDV-Anlage nicht lease. Der Vorsitzende führt aus, dass Leasing teurer für die Gemeinde ist, keine steuerlichen Vorteile daraus ziehen könne und der Umstellungsaufwand sehr hoch sei für eine neue Serveranlage.

Zuletzt berichtet der Zuschauer, dass es im Schwarzwald einige Gemeinden gibt, welche das Amtsblatt kostenlos veröffentlichen. Er fragt vor diesem Hintergrund den Vorsitzenden, warum die Bezugsgebühren für das Amtsblatt erhöht worden seien. Bürgermeister Neff erklärt, dass die Gemeinden in der Region nicht das Amtsblatt über den Gemeindehaushalt finanziert, der wiederum aus öffentlichen Geldern gedeckt werden muss, sondern hier ein Vertrag privater Natur zwischen den Abonnenten und dem Verlag besteht. Für Personen, die das Amtsblatt nicht beziehen, gibt es wöchentlich den Aushang des öffentlichen Teils in den Schaukästen.

Eine Bürgerin spricht der Gemeinde unter Bezugnahme auf die Beschaffung von Möbeln in der Keltergasse die Empfehlung aus, statt eines Whiteboards eine Leinwand sowie eine Flipchart zu beschaffen. Die Verwaltung nimmt den Vorschlag dankend entgegen.